

CHRISTOPH NITZ

# GEGEN MITTELMASS UND MURKS

**LINKE MEHRHEITEN ERFORDERN TRANSPARENZ UND TEILHABE –  
EINE AUFGABE AUCH FÜR ALTERNATIVE MEDIENMACHERINNEN**

Das Wahljahr 2013 wird darüber entscheiden, ob die bereits von Willy Brandt benannten Mehrheiten links der Mitte zu Veränderungen in der Gesellschaft führen oder ob Merkels Mittelmaß-und-Murks-Prinzip in einer sogenannten großen Koalition fortgesetzt wird. Linke Mehrheiten? Tatsächlich lassen sich Schnittmengen der sozialdemokratischen, ökologischen, sozialistischen und progressiven Ideen und Kerne benennen und als Gegenentwurf zu den konservativ-liberal-marktradikalen Positionen der «bürgerlichen» Parteien lesen. Nur: Das ist eine gedachte Einheit der politischen Akteure – von einer tatsächlichen gemeinsamen Ausrichtung und Bewegung sind die Mitte-Links-Parteien (noch?) weit entfernt.

Vorstöße für linke Kooperationen hat es von prominenter Seite allerdings immer wieder gegeben: «Rot-Rot-Grün darf nicht auf ewig ein Tabu sein», sagte der Grüne Hans-Christian Ströbele bereits im Februar 2008 der *Berliner Zeitung*.<sup>1</sup> Auch er weist auf die eigentlichen Mehrheitsverhältnisse hin: «Die linke Mehrheit bei Wahlen sollte perspektivisch auch zu einer linken Regierungsmehrheit führen.» DIE LINKE stehe «den Grünen in Sachfragen näher als Union oder FDP» und dies vor allem in Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder der Ökologie.

Anders sieht es aus, wenn man sich der Bevölkerung zuwendet. Diese ist schon lange sensibel für Themen wie soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Ablesen lässt sich das an vielen Umfragen, aber auch an der Renaissance der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, oder dem wachsenden Einfluss der Wohlfahrtsverbände. Auch das Erstarken der neuen sozialen Bewegungen – real wie virtuell – ist ein Ausdruck der Mehrheit links der Mitte. Anders ausgedrückt: Die Mehrheitsgesellschaft steht links, wobei es sich nicht per se um ein Links-Sein handelt und sich das Spektrum linker Werte und Vorstellungen weit auffächert.

Angela Merkel weiß das und sticht immer wieder, häufig wenn es für sie eng wird, vor allem mit klassisch sozialdemokratischen Entwürfen durch – auch wenn sie dabei Kehrtwenden um 180 Grad macht und das eigene Lager vergrätzt. Ihr ist bewusst, dass ihre Regierung im hohen Maße auf die Zustimmung großer Gruppen der Bevölkerung angewiesen ist – und die gibt es nur für soziale Themen, die sich am Wohlfahrtsstaat orientieren. Während die SPD in den späten 1990er Jahren noch dachte, dass Wahlen «in der Mitte» gewonnen werden, hat die Bundeskanzlerin längst ganz pragmatisch erkannt, dass diese Mitte strukturell eine Ausbuchtung nach links hat. Versuche, an den rechten Rändern

Wählerstimmen zu fischen, sind in den letzten Jahren immer wieder misslungen.

Dabei ist der Mehrheit durchaus klar, dass Veränderungen zwingend notwendig sind, dass es an der Zeit ist, über grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nachzudenken. Sie hat nur Angst davor, im Wandel zu den Verliererinnen und Verlierern zu gehören. Das ist nicht gleichzusetzen mit der Weigerung, sich ändern zu wollen. Und dennoch kommt der Impuls zur Veränderung – wie vor 40 Jahren – tatsächlich von unten. Die Menschen wollen zunehmend gehört und beteiligt werden.

Bewegungen wie Occupy und Blockupy zeigen, dass offensichtlich eine latent kritische Masse existiert, die sich in kürzester Zeit organisiert, in großen Mengen versammelt und – das ist besonders – intelligente Demonstrations- und Widerstandsformen jenseits von gewaltsamen Aktionen und Krawallsehnsucht findet, die Politik und Staatsgewalt ratlos machen. Nach dem Motto «Sommerfest statt Randale» organisierten sich im Mai 2012 in Frankfurt 20.000 Demonstrantinnen und Demonstranten und ließen sich von Verboten, Sperrzonen und hochgerüsteter Polizei nicht provozieren. Tausende verweigerten sich so einer Kriminalisierung, vermieden die bekannten pawlowschen Reflexe (Gewalt und Repression mit ebensolcher zu beantworten) und brachten die Staatsgewalt dazu, selbst die Stadt zu blockieren: «So war die Innenstadt vier Tage lang ein riesiges Gelände für weitestgehend harmlose Katz-und-Maus-Spiele von Polizei und Aktivisten. Vier Tage, in denen die Beamten die Demonstranten beobachteten, warnten, auseindertrieben, einkesselten, wegtrugen, ihnen

<sup>1</sup> Michel, Jörg: Auch die Grünen schielen jetzt nach links, in: Berliner Zeitung, 5.2.2008.

Platzverbote erteilen – und so am Ende selbst wie der Verursacher dieses Ausnahmezustands wirken.»<sup>2</sup>

Die neuen sozialen Bewegungen erkennen dabei das Potenzial für kulturelle Veränderungen: Die Verschränkung unterschiedlicher sozialer und politischer Milieus im gemeinsamen Protest, die Suche nach friedlichen, aber fokussierten Demonstrationsformen oder die Nutzung von Internet und sozialen Netzen schaffen neue Räume für einen sozial orientierten Veränderungsgedanken mit eingebauter Fairness, der dringend notwendig ist.

Während sich Politik – wie in den späten 1960er Jahren – immer weiter von den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung entfernt und es ihr kaum gelingt, den Dialog zu gestalten, errichten sich Bürgerinnen und Bürger eigene, neue Plattformen. Sie fordern lautstark und selbstbewusst den Dialog ein, und wenn es aus Sicht vieler notwendig ist, wie beispielsweise bei den Acta-Protesten, stoppen oder verlangsamten sie politische Prozesse. Der Spindoktor nach angloamerikanischem Vorbild hat in den Parteizentralen nie wirklich Fuß gefasst. Die neuen sozialen Bewegungen dagegen haben eine ganze Avantgarde an effektiven Spindoktoren aufzuweisen. Deren Kampagneninstrumente sind: Twitter, Facebook, Youtube und Co. Die Dominanz von Playern wie Apple, Google oder Facebook birgt zwar enorme Risiken und führt zu teils nicht aufzulösenden Widersprüchen, wie im Juni 2012 das Beispiel der Schufa zeigt: Innerhalb von knapp 24 Stunden bringt der Widerstand von Politik, Datenschützerinnen und -schützern und Medien, mehrheitlich jedoch von Facebook- und Twitter-Nutzerinnen und -Nutzern das Hasso-Plattner-Institut der Universität Potsdam dazu, ein mit der Schufa geplantes Forschungsprojekt zur Bewertung von Kreditwürdigkeit mittels Auswertung der sozialen Netzwerke zu stoppen. Ein enormer Erfolg – wenn nicht gleichzeitig Facebook seine neuen Datenschutzrichtlinien hätte einführen können: Von den 900 Millionen Facebook-Mitgliedern haben lediglich 0,03 Prozent während der siebentägigen Frist gegen die neuen Richtlinien gestimmt.<sup>3</sup>

Andererseits sind es eben die durch nichts zu stoppenden Möglichkeiten, durch kostengünstige, multioptionale und hyperflexible Tools Transparenz und tatkräftiges Tun von vielen Akteuren zu erreichen, die der kritischen Masse linker Mehrheiten Auftrieb und Beschleunigung geben. Mit dem Ergebnis, dass sich die Machtverhältnisse auf der politischen Oberfläche verschieben. Organisierte und nichtorganisierte politische Akteure gewinnen an Stärke, was auch für parteiinterne Oppositionelle gilt.

## TRANSPARENZ

Von der viel beschworenen Politikverdrossenheit kann also nicht die Rede sein, wenn man sich die aktuellen Entwicklungen ansieht. Im Gegenteil, Bürgerinnen und Bürger wollen sich einmischen und einbringen. Was sich in Protesten und Wahlverhalten äußert, muss differenziert betrachtet werden. Da fällt auf, dass nicht nur große soziale wie ökologische Fragen und die Ausrichtung der Gesellschaft die Themen der Zeit sind. Insbesondere dringt die immer stärker werdende Forderung durch, dass Politik sich wirklich ändern muss. Ein Kern dieser Forderung ist: Transparenz.

Vor dem Hintergrund undurchsichtiger (oder auch einfach nur nicht nachvollziehbarer) Prozesse und Entscheidungen, angesichts von wachsendem Lobbyismus und zunehmender Einflussnahme von Wirtschafts- und Interessengruppen wächst das Bedürfnis nach frei zugänglicher Information,

nach Beteiligung und nach Rechenschaft seitens der verantwortlichen politischen Akteure. Immer mehr Gruppierungen und Einzelne wünschen einen offenen Dialog mit der Politik und setzen das Thema der Transparenz auf die Agenda. Das ist beachtenswert, denn gerade die, die angeblich politikverdrossen sind, kümmern sich um einen wesentlichen Baustein von funktionierender Demokratie: Ohne umfassende Nachvollziehbarkeit gelingt das demokratische Duo von Willensbildung und Wahlentscheidung nicht.

Transparente Prozesse, eine insgesamt transparente politische Kultur verhindern auf der einen Seite Machtmissbrauch, disziplinieren die Politik zu stimmigem Handeln und erzeugen auch so etwas wie Treue gegenüber erklärten Politikzielen. Andererseits stiftet Transparenz das notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Politik sollte wissen, dass dieses Vertrauen mehrere, für die Demokratie wichtige Aspekte hat. Wer über Bürgerbeteiligung einen (wenn auch eingeschränkten) Einfluss hat, wer Hintergründe kennenlernt und diese auch versteht und schon früh von politischen Zielen Kenntnis hat, stellt sich als Ergebnis eines gestärkten Vertrauens bestimmten Politikentwürfen seltener in den Weg oder unterstützt sie sogar.

Bleibt noch der vielfach eingeforderte Dialog. Nicht nur kritische, politisch denkende Milieus möchten der Politik Rückmeldungen geben können, die auch gehört werden. In großen Teilen der Bevölkerung ist der Wunsch nach Meinungsäußerung vorhanden. Wird dieser im Rahmen von transparenten politischen Prozessen kanalisiert, kommt es erst zu dem für die Politik so wichtigen Feedback. Gesellschaftliche Veränderung hat immer auch etwas mit Ausprobieren zu tun. Exzellenz ist keine Frage der im Ergebnis verbesserten Zustände, also der «guten Gesellschaft», die erreicht werden kann, sondern vielmehr eine Frage der Fähigkeit, sich selbst zu verändern und damit zu verbessern. Transparenz als wichtiger Aspekt von Veränderung braucht also eine von Fairness geprägte Feedback-Kultur. Sie steht für eine offene demokratische Gesellschaft, denn Feedback kann nur im Dialog erfolgen und nützt immer beiden Seiten. Woher sollte Politik wissen, ob sie richtig oder falsch liegt? Im gesellschaftlichen Kontext reichen messbare Kategorien allein nicht aus.

Für linke Medienmacherinnen und -macher ist augenfällig, wie sehr das Internet, insbesondere die sozialen Netzwerke, von Transparenz leben. Jede Information kann durch schnelle Recherchen mit wenigen Klicks einem Glaubwürdigkeitscheck unterzogen werden, notfalls mithilfe der vielen anderen im Netzwerk. Man gibt sich nicht mehr mit dem zufriedenen, was man liest. Es sind die Hintergründe, die die Menschen verstehen wollen. Deutschlands bekanntester Blogger, Sascha Lobo, der sich seit Jahren mit den digitalen Technologien beschäftigt und deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung untersucht, beschreibt das so: «Das Internet hat seine Nutzer erzogen: Heute will man nicht mehr nur wissen, dass etwas passiert, man will wissen, warum und wie es passiert. Geheimnisse sind nur in Ausnahmen erlaubt, Transparenz ist die Regel – und wird längst eingefordert.»<sup>4</sup>

Diese «Transparenz als Regel» ist zwar für viele eher positiv besetzt, schickt sich aber nach Meinung einiger Kommentatoren gerade dazu an, zu einer Ideologie zu werden. Die Frage, die sich besonders Linke in diesem Zusammenhang

<sup>2</sup> Jacobsen, Lenz: Die Frankfurter Angst vor den Bankenkritikern, ZEIT online, 19.5.2012. <sup>3</sup> Pauer, Nina: Wer registert?, in: DIE ZEIT, 15.6.2012. <sup>4</sup> Lobo, Sascha, Spiegel online, 24.1.2012.

stellen können, ist immer, ob Transparenz die Gesellschaft freier und demokratischer macht. Oder ob sie zu einer alle Lebensbereiche durchdringenden Big-Brother-Kultur führt, mit Merkmalen von Unfreiheit (alles offenlegen zu müssen, gläsern sein zu sollen) und zu Auswüchsen von Zwängen und allgemeiner Verdächtigung, wie sie sich der jüngst verstorbene Ray Bradbury in seinem Buch «Fahrenheit 451» nicht schlimmer hätte ausdenken können. Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel weist darauf hin, wie wichtig in dieser Frage eine gewisse Balance ist: «Ein ausgeglichenes Verhältnis von Transparenz und Intransparenz schützt uns Menschen vor Informationsüberflutung, ermöglicht den pragmatischen Umgang mit wachsender Komplexität und schafft Systemvertrauen.»<sup>5</sup>

## TEILHABE

Politisch lässt sich Transparenz ohne Teilhabe nicht denken, besonders dann nicht, wenn die gesellschaftlichen Veränderungen im Fokus stehen. Wenn links denkende Menschen nicht nur eine einseitig auf Fürsorge basierende Gesellschaft wollen, sondern in Selbstermächtigung aktive, mündige wie demokratische Bürgerinnen und Bürger, dann geht es um die Rahmenbedingungen, innerhalb derer eine aktive Teilhabe möglich ist.

Der in einer Koalition mit der Linkspartei regierende Ministerpräsident Brandenburgs, der SPD-Mann Matthias Platzeck, verknüpfte in einem vor einigen Jahren in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienenen Aufsatz Teilhabe und soziale Gerechtigkeit miteinander: «Soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts ist vor allem eine Frage der Zugehörigkeit, des Mitmachens, der aktiven Beteiligung der Menschen an den Angelegenheiten ihres Gemeinwesens.»<sup>6</sup> Das sollte man nicht leichtfertig als reine Rhetorik abtun. Es kann als linkes Bekenntnis verstanden werden, ein Anspruch, an dem sich linke Politik (in diesem Fall insbesondere der Ministerpräsident Platzeck) messen lassen kann. Allein der Begriff Zugehörigkeit umfasst die Dimensionen von Integration, Inklusion und Diversität und zielt auf die Fragen von Chancengleichheit und -gerechtigkeit ab. Also alles Aspekte, die Teilhabe erst ermöglichen und deren Verwirklichung insbesondere von den Mehrheiten links der Mitte gewünscht wird.

Die Gefahr besteht, dass diese wichtigen Politikfelder als Modebegriffe zu reinen Worthülsen verkommen: Bereits jetzt werden sie vom konservativ-liberalen Lager in Anspruch genommen. Partizipation ist ein Thema, dem sich alle mehr oder weniger linken Parteien dringend und beschleunigt annehmen müssen. Dafür sind «Mitmachen» und «aktive Beteiligung» wichtige Schlüsselbegriffe. Partizipation ist das Feld, auf dem noch vieles ausprobiert werden muss, einige aber bereits erstaunliche Erfolge vorweisen können, zumindest aber das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger wecken: die Piraten.

Oberflächlich betrachtet bringen die Piraten zunächst «nur» einen neuen Ansatz für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit. Noch definieren sie sich nicht über Programmatik, wie die gesetzten anderen Parteien, sondern über die Etablierung einer neuen Form der politischen Vertretung und Mitsprache, vor allem mittels der freien Software «LiquidFeedback». Hinter den medial inszenierten Bildern von Kabeln und Computern steckt der revolutionäre Ansatz, verschiedene Fähigkeiten, Kompetenzen und Konzeptionen von Tagungsteilnehmerinnen und -teilneh-

mern schnell und ergebnisorientiert zu kanalisieren. Politisch spannend ist aber vielmehr, dass hier an der Umsetzung des Liquid-Democracy-Ansatzes gearbeitet wird, dessen Kern das *delegated voting* ist. Man kann selbst wählen oder die eigene Stimme zeitlich befristet übertragen, abhängig von der einer bestimmten Person zugesprochenen Entscheidungskompetenz. Wer Teilhabe wirklich will, muss sich an dieser Stelle damit auseinandersetzen, dass unter Umständen die Grenzen zwischen repräsentativer und direkter Demokratie verwischen – ja, dass hier vielleicht ein neuer Mittelweg entsteht, der für viele Menschen eine geradezu magische Anziehungskraft besitzt.

Für DIE LINKE hat Gregor Gysi den Teilhabe-Begriff auf den Punkt gebracht und gleichzeitig den bewusst provozierenden, aber auch vielfach missverstandenen Slogan «Reichtum für alle» erläutert. Unter «Reichtum für alle» versteht Gysi die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben: an Kultur, an Bildung zum Beispiel. Es geht ihm um die solidarische Gesellschaft.<sup>7</sup> So spricht er zunächst im Kern dieselbe Dimension von Teilhabe an, die auch Platzeck meint. Aber mit dem Slogan wird ganz bewusst auch die materielle Dimension von Teilhabe fokussiert. So gehören Grundsatzthemen wie das bedingungslose Grundeinkommen zu diesem Diskurs, aber auch Themen für Medienmacherinnen und -macher, zum Beispiel die Frage nach neuen Vergütungsmodellen für Urheberinnen und Urheber.

Platzeck hat in seinem FAZ-Aufsatz den britischen Nationalökonom und ehemaligen Berater Tony Blairs zitiert, Richard Layard: «Die Politik eines Staates sollte danach beurteilt werden, inwieweit sie Glück mehrt und Leid mindert.»<sup>8</sup> Nun sind Blairs Arbeitsmarktreformen für viele Linke gewiss nicht das mustergültige Beispiel linker Sozial- und Wirtschaftspolitik. In Teilen kann für diese Reformen Ähnliches gesagt werden wie für die Agendapolitik der Ära Gerhard Schröder. Zudem erscheint im linken Diskurs der Begriff «Glück» so wenig angebracht, weil er in unserem kulturellen Verständnis häufig mit Zufälligkeit verbunden wird. Für Layard ist das Gegenteil der Fall: Ihm geht es um die Bedingungen, unter denen sich Menschen als «glücklich» betrachten. Wie beim Thema «Reichtum für alle» will der Brite unter der Überschrift «Die glückliche Gesellschaft»<sup>9</sup> mit humanistischem Anspruch Teilhabe organisieren. Entgegen dem, was landläufig von New Labour bekannt ist, hat Blair in seiner Amtszeit mehr umverteilt als je eine Regierung vor ihm. Milliarden Pfund wurden etwa eingesetzt, um Familien mit Kindern zu unterstützen, die in Armut leben.

## TREFFEN

«Dort schrien die einen dies, die anderen das; denn in der Versammlung herrschte ein großes Durcheinander, und die meisten wussten gar nicht, weshalb man überhaupt zusammengekommen war.» Diese schöne Beschreibung eines Treffens ehemals Gleichgesinnter taucht in der Apostelgeschichte auf, die irgendwann zwischen den Jahren 63 und 90 unserer Zeitrechnung entstanden ist. Sie erinnert an Erzählungen aus der Zeit politischer Versammlungen des frühen 20. Jahrhunderts, der Nachkriegszeit oder der späten 1960er

<sup>5</sup> Meckel, Miriam, in: *Financial Times Deutschland*, 9.12.2010. <sup>6</sup> Platzeck, Matthias: *Schwierige Zeiten – Plädoyer für eine neue Sozialpolitik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.11.2005. <sup>7</sup> Gysi, Gregor: *Reichtum für alle*. Interview der Woche der Linksfraktion im Bundestag, 21.9.2009, [www.linksfraktion.de/interview-der-woche/reichtum-alle/](http://www.linksfraktion.de/interview-der-woche/reichtum-alle/). <sup>8</sup> Platzeck, a. a. O. <sup>9</sup> Layard, Richard: *Die glückliche Gesellschaft*. *Kurswechsel für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt a. M. 2009.

Jahre – passt aber nach wie vor zum politischen (und persönlichen) Alltag linker Parteien. Parteitage, Vorstandssitzungen hinter verschlossener Tür und so manche Konferenz geraten immer wieder in turbulente Gewässer, wenn es um Richtungsstreitigkeiten oder Personalien geht. Mit Genuss greifen Medien und die politische Konkurrenz den Zank auf und treiben von außen den Keil zwischen die streitenden Flügel oder Meinungen. Was die *Frankfurter Rundschau* im April 2011 «Die Sozialisten-Soap»<sup>10</sup> nannte, ist nicht nur für die Partei DIE LINKE symptomatisch, sondern ist immer wieder bei der politischen Linken ganz allgemein zu beobachten. Selbstverständlich gibt es diese Streitigkeiten auch in anderen politischen Lagern und diese werden genauso genüsslich und aufmerksam von außen begleitet. Doch kann man den Eindruck haben, dass vor allem bei linken Gruppen und Parteien der Streit um Orientierung regelmäßig für emotionale Verwerfungen sorgt, alte Wunden aufreißt und tiefe Gräben schafft. Wenn manche Auseinandersetzungen Parteien und Gruppierungen bereits intern so beschäftigen und bedrohen, wie soll dann erst eine Zusammenarbeit linker Parteien untereinander funktionieren, die sich einst so erbittert gegenüberstanden?

Ein Schlüssel liegt in der Chance, die regelmäßige Treffen der gesellschaftlichen Linken bieten: gegenseitiges Kennenlernen. Wer sich aus den unterschiedlichsten Wagenburgen herausbegibt, sich mit im Kern Gleichgesinnten trifft, sich austauscht und vernetzt, vielleicht sogar gemeinsam lernt oder – und das muss das eigentliche Ziel sein – Projekte für die Zusammenarbeit formuliert, der orientiert sich nach außen. Außenorientierung bedeutet, sich an der Welt zu orientieren, die unsere parteibezogenen Inseln umgibt. Das mag selbstverständlich klingen – es schadet aber nicht, sich das immer wieder zu vergegenwärtigen. Wer zum Beispiel zu der Frage diskutieren und arbeiten möchte, welches Europa die gesellschaftliche Linke will, der kann dies nur tun, indem er die Umwelt auch wahrnimmt. Dafür muss der Fokus aber entschieden von innen nach außen gerichtet werden.

Unterschiedliche Menschen haben unterschiedliche Meinungen. Aber unterschiedliche Linke haben im Grunde ähnliche Anschauungen der Welt, auch wenn sie, wie manche formulieren, bereits seit den Zeiten von Marx und Lasalle zerstritten sind. Die politische Auseinandersetzung ist ein Grundprinzip unserer Demokratie, sie entsteht erst durch gegensätzliche Positionen und den Wunsch, einen Ausgleich zwischen den Interessen zu suchen. Wer von diesem Wunsch nicht beseelt ist, bringt sich um die Chance, die eigenen politischen Ziele zu verwirklichen. Streiten zu können und einen Ausgleich zu finden sind keine Zeichen von Schwäche, sondern zeugen von der Einsicht, dass das Ziel von politischem Streit in einer Demokratie letztlich der Zusammenhalt ist. Was die politische Linke an dieser Stelle braucht, ist der Wille, sich zu treffen. Darüber hinaus braucht sie eine neue, faire Streitkultur, die sich an demokratischen Prinzipien orientiert. Damit aus den gemeinsamen Treffen eine gemeinsame Bewegung wird, brauchen die Akteure Offenheit, Öffentlichkeit und Orientierung.

## TUN

«Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen – man muss auch tun», schreibt Goethe in «Wilhelm Meisters Wanderjahre». Tun ist Handeln und politisch ist es insbesondere dann, wenn es ein von Werten und Motiven geleitetes, bewusstes und zielgerichtetes Handeln ist, das sich an der Idee des gesellschaftlichen Zu-

sammenhalts ausrichtet. Tun ist das Gegenteil von Unterlassen – das sind die beiden Seiten des Handelns. Die plurale Linke muss weg vom Reden und Diskutieren. Die Tragik des ja sehr wichtigen linken Diskurses ist, dass er so wenig die Aktion zum Ziel hat und sich gute Argumente in Dauerrotation bewegen, ohne aus diesem rhetorischen Kreislauf herauszukommen. Viele gute Gedanken werden bewegt, mal einvernehmlich, mal in scharfer Auseinandersetzung – und doch kommt es so selten zur *political action*. Zugespitzt formuliert führt die permanente Abgrenzung der linken Lager und Parteien untereinander zu einem einzigen Unterlassen. Selbst wenn Vorschläge für ausgewählte Schlüsselprojekte gemacht werden, stürzen sich Linke jeder Couleur fast schon reflexartig in diese Tragik.

Der in Wien lebende Publizist Robert Misik diskutierte auf dem taz-Kongress im April 2012 mit Daniel Cohn-Bendit und anderen zum Thema «Revolution now! – Wo bleiben die Aufstände gegen eine aus den Fugen geratene Welt?». Nach der Debatte formuliert er in der taz einige zentrale Punkte,<sup>11</sup> auf die sich linke, progressive Parteien einigen sollten, statt die historischen Teilungen weiter zu zementieren. Sein «Zehn-Punkte-Plan» stellt an erste Stelle das Thema Gerechtigkeit, fordert steigende Löhne und die Reform der Europäischen Union, die Regulierung der Finanzmärkte, «ein besseres Leben für alle», den Green New Deal und «Wohlfahrt und Freiheit». Misiks Thesen provozierten ganz unterschiedliche Reaktionen, die von Zustimmung, Kritik, aber auch Hohn und Spott geprägt sind.

Die Stimmen der Befürworterinnen und Befürworter einer gemeinschaftlich agierenden Linken, «die für eine gerechtere und bessere Welt zu hundert Prozent an einem Strang ziehen soll» (Misik), greifen die Kluft zwischen Parteien, politischen Akteuren und den Menschen auf: «Offensichtlich bedarf es auch des Druckes von unten, von der Basis, von der Straße, dass sich die roten, rosa, grünen Kräfte auf ihre eigentliche Mission besinnen», so einer der vielen Kommentare auf der Internetseite der taz.

Aber sollte die Richtung nicht stimmen, nur weil offensichtlich viele Zynikerinnen und Zyniker den Linken das Vermögen zur Kooperation absprechen? Was der Kommentator auf taz.de als «Mission» anspricht, führt als Konsequenz zu einer Pflicht, die die Linken zum Tun herausfordert. Dafür muss und kann sich die gesellschaftliche Linke auf Teilprojekte verständigen, die mit breiten Bündnissen umgesetzt werden können.

Christoph Nitz ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Linken Medienakademie (LiMA) e. V. in Berlin.

<sup>10</sup> Schindler, Jörg: Nach dem Streit ist vor dem Streit – Die Sozialisten-Soap, in: Frankfurter Rundschau, 20.4.2011. <sup>11</sup> Misik, Robert: Das machen wir doch mit links!, in: taz, 30.4.2012.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: März 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling